

Regierungsratsbeschluss

vom 30. April 2019

Nr. 2019/730

KR.Nr. K 0045/2019 (DBK)

Kleine Anfrage Beat Künzli (SVP, Laupersdorf): Klimastreik der Kantischüler: Nimmt die Politik die Forderungen ernst? Stellungnahme des Regierungsrates

1. Vorstosstext

Schüler der Kantonschulen Solothurn und Olten fordern in Streiks und Demos, die Politiker sollten etwas gegen die Klimaerwärmung tun. Sie zeigen dies mit Slogans wie: «Üsi Ärde stirbt», «Stop flying» oder «Rettet unseren Planeten, wir haben nur einen!».

Es ist in den letzten Jahren vielfach zur Gewohnheit geworden, dass verschiedentlich für Bildungsreisen oder Sprachaufenthalte ganze Klassen mit dem Flugzeug reisen. Auch einzelne Schüler haben Flugreisen unternommen, welche in Zeiten des Klimawandels kaum verantwortbar sind. So wurde gar ein Fall bekannt, bei welchem eine Schülerin für ihre Maturaarbeit für ein kurzes Interview nach Berlin gejettet ist und wieder zurück. Eine Schülerin notabene, welche danach an vorderster Front an den Demos mitmarschiert ist!

In Zeiten, wo es für die demonstrierenden Schüler und Studenten völlig normal ist, an Wochenenden Städtetrips mit Billig-Airlines in verschiedene europäische Destinationen zu unternehmen und mehrmals pro Jahr um die halbe Welt in die Ferien zu reisen, wäre jetzt vielleicht der Moment gekommen, bei Studienreisen und Schwerpunktwochen wieder vermehrt Domizile im Inland vorzuziehen. Dies würde einerseits zu einem besseren Kennenlernen des eigenen Landes führen und wäre andererseits umweltpolitisch um einiges nachhaltiger. Auch Sprachaufenthalte, insbesondere wenn es um Italienisch oder Französisch geht, könnten problemlos im Inland durchgeführt werden.

Es ist bekannt, dass Flugverbote bereits in Gymnasien anderer Kantone durchgesetzt wurden, so z.B. am Gymnasium Kirchenfeld (BE), am Gymnasium Leonhard (BS) oder an der Kantonsschule Küssnacht (ZH).

Der Kanton kann hier ein wichtiges Zeichen setzen und die Schüler, welche gegen den Klimawandel streiken darin unterstützen, ihre eigene Öko-Bilanz zu verbessern. Wenn jeder, welcher für einen geringeren CO₂-Austoss kämpft, auch selber konkrete Massnahmen trifft, kann schon viel erreicht werden.

Zu dieser Thematik stellen sich ein paar Fragen. Die Regierung wird höflich gebeten, diese nachfolgend zu beantworten.

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass angesichts der oben aufgeführten Tatsachen gerade auch die streikenden Jugendlichen in die Pflicht und damit in die Mitverantwortung genommen werden müssten?
2. Ist der Regierungsrat bereit, auf die Forderung der Demonstrierenden einzugehen, welche verlangt, dass die Politiker etwas tun müssten?
3. Könnte sich der Regierungsrat somit vorstellen, ein gänzlich Flugverbot für Kantischüler durchzusetzen, welches unter anderem Studienreisen, Sprachaufenthalte, Kurse, Schwerpunktwochen, Schulausflüge oder Maturaarbeiten beinhaltet?
4. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass es zur guten Bildung eines Gymnasiasten notwendig ist, für die oben aufgeführten, externen Bildungseinheiten um die halbe Welt zu fliegen?
5. Wäre es sogar möglich, an den Solothurner Kantonsschulen weitere Schritte zur Reduktion des CO₂-Ausstosses vorzunehmen? (z.B. Verbot von Elterntaxis, Reduktion der Temperatur im

Schulzimmer, etc.)

2. Begründung (Vorstosstext)

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Vorbemerkungen

Am Freitag, 18. Januar 2019, hat erstmals ein Schülerstreik in Solothurn stattgefunden, bei dem hauptsächlich Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule mit dabei waren. Mittlerweile setzen sich seit Monaten in vielen Ländern vorwiegend jugendliche Demonstranten für mehr Klimaschutz und eine konsequente Klimapolitik ein.

Die Ende 2018 veröffentlichten Klimaszenarien des Bundesamts für Meteorologie und Klimatologie zeigen die bisherigen Klimaänderungen und die möglichen weiteren Entwicklungen auf. Die Begrenzung des Klimawandels ist eine Herausforderung, die ein weltweit koordiniertes Handeln erfordert. Für eine wirksame Begrenzung des Klimawandels sind Beiträge auf allen Staatsebenen sowie im privatwirtschaftlichen und individuellen Bereich nötig.

Wie wir bereits mehrfach betont haben, stellt der Klimawandel auch den Kanton Solothurn in den nächsten Jahrzehnten vor grosse Herausforderungen. Diese Realität muss der Kanton in seine politische Planung einbeziehen. Den globalen Rahmen der kantonalen Klimapolitik bildet dabei das Übereinkommen von Paris: Mit diesem Abkommen hat die Staatengemeinschaft am 12. Dezember 2015 Ja gesagt, zu einer Welt, die das Zeitalter der fossilen Energieträger hinter sich lässt und ihre Treibhausgasemissionen in den nächsten Jahrzehnten radikal reduziert. Die Bundesversammlung hat das Übereinkommen von Paris am 16. Juni 2017 genehmigt und als Ziel unter anderem eine Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50% gegenüber 1990 definiert. Seit der Ratifikation vom 6. Oktober 2017 ist die Schweiz somit rechtlich verpflichtet, Massnahmen zur Eindämmung und zur Anpassung an den Klimawandel zu ergreifen. Wir werden deshalb die neuesten Erkenntnisse bezüglich Klimawandel in allen relevanten Politikbereichen weiterhin mitberücksichtigen, z.B. in der Energie-, Landwirtschafts- und Waldpolitik (vgl. RRB Nr. 2016/2033: Anpassung an den Klimawandel - Handlungsfelder für den Kanton Solothurn). Mit Beschluss Nr. 2016/2033 haben wir einen Aktionsplan zur Anpassung an den Klimawandel zur Kenntnis genommen, der 36 Anpassungsmassnahmen im Zuständigkeitsbereich der kantonalen Verwaltung enthält, die gegenwärtig umgesetzt werden. An dieser Politik der konkreten Schritte wollen wir festhalten, im Wissen darum, dass es notwendig ist, dass sich alle kantonalen Entscheidungsträger konsequent mit den möglichen Auswirkungen ihrer Aktivitäten mit dem Klima auseinandersetzen und Entscheidungen fällen, die den ambitionierten Zielen des Pariser Klimaübereinkommens nicht zuwiderlaufen.

3.2 Zu den Fragen

3.2.1 Zu Frage 1:

Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass angesichts der oben aufgeführten Tatsachen gerade auch die streikenden Jugendlichen in die Pflicht und damit in die Mitverantwortung genommen werden müssten?

Ja. Viele Jugendliche haben bewiesen, dass die Thematik für sie von grosser Bedeutung ist und sie sind auch bereit, entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Die Kantonsschulen haben in den letzten Jahren ihre Spezialwochenkonzepte dahingehend angepasst, dass Flugreisen im Rahmen von Spezialwochen nur in sehr gut begründeten Ausnahmefällen und nur dort, wo keine vernünftige Transportalternative gefunden werden kann, bewilligt werden. Es müssen dabei für

Flugreisen konsequent die CO₂-Abgaben als Kompensation für die CO₂-Emissionen geleistet werden.

3.2.2 Zu Frage 2:

Ist der Regierungsrat bereit, auf die Forderung der Demonstrierenden einzugehen, welche verlangt, dass die Politiker etwas tun müssten?

Wie wir in den Vorbemerkungen klargemacht haben, anerkennen wir die Notwendigkeit, dass auch der Kanton einen Beitrag zur Reduktion von Emissionen von CO₂ und anderen Treibhausgasen leistet. Auf seiner Website stellt der Kanton Informationen zum Klimawandel für Bevölkerung, Gemeinden, Wirtschaft und Politik zur Verfügung (<https://www.so.ch/verwaltung/bau-und-justizdepartement/amt-fuer-umwelt/>). Die kantonale Klimapolitik wird unter Einbezug der rechtlichen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren laufend weiterentwickelt werden. Im Bundesparlament wird zudem die Totalrevision des CO₂-Gesetzes vom 23. Dezember 2011 (SR 641.71) für die Zeit nach 2020 beraten. Der Kanton wird bei seiner Klimapolitik diesen übergeordneten rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragen.

3.2.3 Zu Frage 3:

Könnte sich der Regierungsrat somit vorstellen, ein gänztliches Flugverbot für Kantischüler durchzusetzen, welches unter anderem Studienreisen, Sprachaufenthalte, Kurse, Schwerpunktwochen, Schulausflüge oder Maturaarbeiten beinhaltet?

Wie oben zu Frage 1 dargestellt, bevorzugen wir eine Politik der Zurückhaltung in Sachen Flugreisen. Sie erlaubt eine umfassende Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit allen Ebenen des Klimaschutzes (Vermeidung, Reduktion oder Kompensation des Treibhausgasausstosses). Ein gänztliches Flugverbot wäre demgegenüber klar und einfach, entbehrt aber nicht einer gewissen Bevormundung und Symbolpolitik (da nur den Teilaspekt Fliegen der Klimadiskussion umfassend). Eine Verbotspolitik sehen wir deshalb nur, wenn dieses Verbot den besseren Lerneffekt zum Klimawandel hätte, als eine fachlich-wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Zum pädagogischen Auftrag der Solothurner Kantonsschulen gehört Letzteres. Dies geschieht gemäss Lehrplan im ordentlichen Unterricht und zusätzlich in Freifächern, Arbeitsgruppen und im Schülerparlament.

3.2.4 Zu Frage 4:

Ist der Regierungsrat der Meinung, dass es zur guten Bildung eines Gymnasiasten notwendig ist, für die oben aufgeführten, externen Bildungseinheiten um die halbe Welt zu fliegen?

Es ist uns nicht bekannt, dass Gymnasiasten in schulischen Angelegenheiten weite Reisen unternehmen. Die von den Schulen organisierten Reisen finden generell in Europa statt. Dabei werden pädagogische und fachliche Argumente mit den Anliegen des Klimaschutzes abgeglichen.

3.2.5 Zu Frage 5:

Wäre es sogar möglich, an den Solothurner Kantonsschulen weitere Schritte zur Reduktion des CO₂-Ausstosses vorzunehmen? (z.B. Verbot von Elterntaxis, Reduktion der Temperatur im Schulzimmer, etc.)

Die Schulen setzen zu den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz auf solide Wissensvermittlung. Diese erfolgt insbesondere in den naturwissenschaftlichen Fächern und zusätzlich in den Fächern Wirtschaft und Recht sowie Geschichte. Die Schulen unterstützen die Auseinanderset-

zung um Mittel und Wege zum Klimaschutz insbesondere dort, wo Schülerinnen und Schüler selber einen Beitrag leisten können. Es ist den Schulen ein Anliegen, dass sich junge Menschen als aktiven Teil der Gesellschaft verstehen. Verbote stehen dabei nicht im Vordergrund.

Bei sämtlichen baulichen Massnahmen wird dem Innenraumklima und dem Energieverbrauch höchste Beachtung geschenkt. So wird bei der Gesamtsanierung der Kantonsschule Olten gegenüber heute insbesondere der Energieverbrauch massiv reduziert und auf Heizöl gänzlich verzichtet. Durch die konsequente Sanierung der Gebäudehülle nach Minergiestandard lässt sich der Energieverbrauch für die Gebäudeheizung um rund 67 % reduzieren. Dies entspricht einer Einsparung von jährlich rund 2'300 MWh und 732 Tonnen CO₂.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Departement für Bildung und Kultur (4) AN, VEL, DK, DT
Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen
Volksschulamt
Kantonsschule Solothurn, Stefan Zumbrunn, Rektor, Postfach 964, 4502 Solothurn
Kantonsschule Olten, Dr. Sibylle Wyss, Rektorin, Hardwald, 4600 Olten
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat